

Wie aus Massen Klassen werden

Wenn fast alle studieren
sollen, studiert am
Ende keiner mehr.
Universitäten werden
zu Zertifikatagenturen
für Studenten, die wie-
der zu Schülern werden.

Von Stefan Kühl

Es ist das erklärte Ziel der Hochschulpolitik, einen möglichst hohen Prozentsatz eines Jahrgangs zu einem Hochschulabschluss zu führen. Die politische Rhetorik, mit der diese Expansion begründet wird, ist eine Rekombination der immer gleichen Argumente: Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes hänge davon ab, eine große Zahl von Hochqualifizierten auszubilden. Gleichzeitig komme es zu positiven Effekten für die politische Kultur eines Landes, weil mit der Hochschulbildung auch die Bereitschaft zum politischen Engagement steige. Und nicht zuletzt würde eine große Zahl von Hochschulabsolventen auch die Wissenschaft voranbringen, weil die Forschung auf einen großen Pool von hochqualifizierten Akademikern zurückgreifen könne. Die Bundesrepublik Deutschland soll, so die Vorstellung, zu einer „Akademiker-Gesellschaft“ werden.

Während Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts gerade einmal ein bis zwei Prozent der Abiturienten eines Jahrgangs an einer Hochschule studierten, stieg der Prozentsatz von Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik schon während der Bildungsexpansion in den siebziger Jahren auf zwanzig Prozent an. Im Moment sieht es so aus, als könnten die bundesdeutschen Hochschulpolitiker sogar ihr selbstgesetztes Ziel erreichen, dass vierzig Prozent eines Jahrgangs ein Studium abschließen. Erste Stimmen gehen bereits davon aus, dass die Vorstellung der OECD, nach der über 75 Prozent eines Jahrgangs einen akademischen Abschluss haben sollten, kein reines Hirngespinnst ist, sondern in absehbarer Zeit als politische Zielvorgabe für die Universitäten auftaucht.

Aber wie sollen die Universitäten und Fachhochschulen dieses Ziel erreichen, wenn ihre finanziellen Mittel weitgehend gleich bleiben? Und welche Folgen haben derartige Vorgaben?

Sinkende Ansprüche

Ein Ansatzpunkt der Hochschulpolitik ist, die Universitäten und Fachhochschulen zu einer effizienteren Verwendung ihrer Mittel anzuhalten. Die deutschen Hochschulen sollen ihre Autonomie dazu nutzen, ihre Fachbereiche über Mittelvergabesysteme zu führen. Gelder werden von der Hochschulleitung nicht mehr jährlich nach einem vorher festgelegten Budget an die Fachbereiche verteilt, die Zuweisungen werden vielmehr von der Erfüllung von Leistungskriterien abhängig gemacht. Dabei wird die Mittelvergabe nicht nur an Forschungsindikatoren wie die Einwerbung von Drittmitteln, die Publikation von wissenschaftlichen Fachartikeln oder Forschungspreise gebunden, sondern zunehmend auch an Lehrindikatoren wie die Anzahl der in einem Studiengang prozessierten Studenten und ihrer Abschlussquote. Die Effekte dieser Mittelvergabesysteme sind bereits zu beobachten.

Die erste Auswirkung besteht darin, dass Fachbereiche einen Anreiz bekommen, ihre Studiengänge ohne Rücksicht auf die Qualität des Studiums „volllaufen“ zu lassen. Jeder Student, jede Studentin, die einen Studiengang durchläuft, ist aufgrund des Mittelvergabesystems für die Fachbereiche jetzt Geld wert. Zwar ist es noch nicht so, dass Professoren beim Blick auf ihre Studentenzahlen Eurozeichen in den Augen blinken, aber es ist an vielen Universitäten kaum noch möglich, über eine schärfere Selektion von Studienanfängern zu reden, weil dies sofort Auswirkungen auf die Mittelzuweisung hätte. Jeder Vorschlag zur Anhebung der Bewerbungshürde durch das Einfordern eines ausführlichen Motivationsschreibens oder eines am zukünftigen Studienfach orientierten Essays kann beispielsweise mit dem Argument zurückgewiesen werden, dass dies die Bewerber- und Studentenzahlen senken und damit die Ressourcen des Fachbereiches mindern würde. Das teilweise sogar schon offen verlautbarte Motto ist: „Wir brauchen nicht die richtigen Studenten, sondern viele.“

Der zweite Effekt der Mittelvergabesysteme besteht in einer Absenkung der Leistungsansprüche. Am Anfang des Studiums mag es in Studiengängen üblich sein, den Studenten durch hohe Durchfallquoten in einzelnen Veranstaltungen Ehrfurcht vor dem Fach einzupflanzen. Gut eignen sich dafür in den Sozialwissenschaften die Statistik, in den Wirtschaftswissenschaften die Mathematik und in den Geisteswissenschaften Latein. Aber spätestens, wenn Studenten im dritten oder vierten Versuch diese Hürde genommen haben, können sie davon ausgehen, dass es wegen des Mittelvergabesystems ein Eigeninteresse der Fachbereiche gibt, sie zum Abschluss zu bringen. Schließlich zählt, dass die Universität ihrer Funktion als Zertifikatvergabestelle gerecht werden kann – unabhängig davon, wofür dieses Zertifikat letztlich steht.

Zynismus als Reaktion

Sicherlich, für die Absenkung von Leistungsanforderungen an Fachhochschulen und Universitäten gibt es verschiedene Gründe. Schlechte Klausurergebnisse führen dazu, dass Studenten in die Sprechstunde kommen, weil sie wissen wollen, was sie falsch gemacht haben. Studenten, die bei einer Hausarbeit durchfallen, protestieren nicht nur auf www.Meinprof.de und anderen virtuellen Klagemauern, schlimmstenfalls wollen sie die Klausur vielleicht noch einmal schreiben. In mündlichen Prüfungen müssen Dreien, Vieren oder Fünfen gegenüber den Prüflingen gerechtfertigt werden, während eine Eins oder Zwei beiden Seiten die Diskussion erspart. Die Mittelvergabesysteme, die auf die Vergabe möglichst vieler Zertifikate ausgerichtet sind, befördern diese Logik weiter. Es entsteht ein Nichtangriffspakt zwischen Dozenten und Studenten. Motto: Belästige du mich nicht bei meiner exzellent geclusterten Forschung, dann bekommst du von mir ohne großen Aufwand exzellente Noten.

Angesichts dessen ist es nicht überraschend, dass Hochschullehrer gegenüber ihren Studenten ein hohes Maß an Zynismus entwickeln. Auf der Vorderbühne von Bewertungsverfahren und Studiengangsevaluationen wird Engagement für die Lehre geheuchelt, auf der Hinterbühne wird über die „Bachelormonster“ geklagt, denen es ja nur darum gehe, am Ende irgendein Zertifikat zu erhalten.

Die Rede ist von „Duracell-Häschen“, die in Multiple-Choice-Klausuren auf Knopfdruck kurzfristig gespeichertes Wissen ausspucken. Das Studium sei zur „Schnäppchenjagd“ nach möglichst „billig“ zu habenden Punkten verkommen.

Professoren treten hektisch die Flucht in Excellence-Cluster, Forschungsverbände, Graduiertenschulen und Selbstverwaltungsämter an. Die Lehre besonders im Bachelorstudium wird an vielen Hochschulen an ein schlechtbezahltes und über kurzfristige Verträge beschäftigtes Lehrprekariat ausgelagert. In einigen Studiengängen soll es inzwischen üblich sein, dass Bachelorstudenten über drei Jahre kein einziges längeres Gespräch mit einem Professor geführt haben. Insofern ist es konsequent, dass inzwischen offen darüber diskutiert wird, ob Professoren überhaupt im Bachelor unterrichten sollten. Hier wird nur nachvollzogen, was sich durch die Bologna-Reform an vielen Hochschulen schon durchgesetzt hat.

Aus Sicht des Einzelnen ist diese Reaktion verständlich. Allgemein führt sie jedoch dazu, dass die Hochschulen immer mehr auf die Verschulung ihrer Studiengänge setzen: „Fixe Stundenpläne“, „klassenorientierte Lehr- und Lernorganisation“, „permanente Anwesenheitspflichten einhergehend mit einer hohen Kontrolldichte“, „Prüfungsinflation“, „wenig Wahlfreiheiten“ und „Vermittlung von kanonisiertem ‚Schul-Wissen‘ – dies sind die Mittel der Wahl, um der Massen Herr zu werden.

Der Gedanke der Verschulung der Universitäten ist nicht neu. Schon in den sechziger Jahren hatte der Soziologe Helmut Schelsky der Universität empfohlen, einen umfassenden wissenschaftlich fundierten Bildungsanspruch aufzugeben. Die im Humboldtschen Sinne breit Gebildeten würden sowieso nur noch als „funktional luxuriöse Gruppe, als ein sozial zweckloses Nebenbei“ existieren und müssten nicht unbedingt an den Universitäten ausgebildet werden. Und schon Anfang der neunziger Jahre gab es Überlegungen der Hochschulrektorenkonferenz, das Kernstudium auf eine berufsnahe Ausbildung mit einer Planstudienzeit von acht bis neun Semestern zu beschränken, in der weit unterhalb des wissenschaftlichen Niveaus gelehrt werden sollte.

Wie durch ein Brennglas lassen sich die Effekte der Verschulung von Universitäten in den Vereinigten Staaten beobachten. Jenseits der Liberal Arts Colleges, der privaten Forschungsuniversitäten und international bekannter staatlicher Universitäten haben sich dort eine Reihe gewinnorientierter Hochschulen etablieren können, die genau diese Form von Ausbildung versprechen. Hochschulen wie Corinthian Colleges, Education Management oder Kaplan Higher Education Corporation bieten ein berufsbezogenes Hochschulstudium an. Über eine legere Zulassungspraxis, großzügige Anerkennung beruflicher Erfahrungen und flexible Studienformate wie Abendkurse und Online-Learning haben sich Angebote etabliert, die nicht einmal den Anschein umfassender Bildung zu wahren versuchen.

Insofern ist die Forderung nach einer Verschulung der Studiengänge, wie sie neuerdings ganz offen vom wirtschaftsnahen Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in die Welt gesetzt wird, nur konsequent. Wenn man die Hochschulen für (fast) alle öffnet und die Leistungserwartungen kontinuierlich absenkt, dann ergibt es auch Sinn, die Studiengänge zu verschulen und sich auch bei der Auswahl und Ausbildung der Dozenten an Schulen zu orientieren. Mit einer universitären Bildung hat das alles aber nichts mehr zu tun, und vielleicht sollte man die Universitäten dann auch konsequenterweise gleich Schulen nennen.

Stefan Kühl ist Professor für Soziologie in Bielefeld.